

11.02.2025

Antrag

der Fraktion der SPD

Bezahlbarer Wohnraum für Studierende und Azubis: Mehr Wohnheimplätze jetzt!

I. Ausgangslage

Die Wohnkosten für Studierende und Auszubildende verharren auf einem hohen Niveau. Nach einer Untersuchung des Moses Mendelssohn Instituts vom März letzten Jahres, müssen Studierende in Deutschland durchschnittlich mit 479 € pro Monat¹ rechnen, um eine entsprechende Unterkunft zu finden. Das ist weit mehr als die BAföG-Wohnkostenpauschale von derzeit 380 €. Dabei sind die Unterschiede zwischen den Bundesländern und einzelnen Hochschulstandorten mitunter enorm.

Von dieser Situation sind auch die jungen Menschen an den Hochschulstandorten in Nordrhein-Westfalen betroffen. So gibt die Studie etwa für den Hochschulstandort Köln Wohnkosten von 550 – 560 € pro Monat an. Auch für die Hochschulstandorte Bochum, Dortmund, Aachen und Münster ergeben sich Werte, die oberhalb der BAföG-Wohnkostenpauschale liegen. Dies betrifft nicht nur Studierende, sondern auch Auszubildende. Es wird erwartet, dass sich die Preise auf dem derzeitigen Niveau mindestens stabilisieren. Zu jedem Wintersemester bzw. Studienbeginn sind allerdings aufgrund eines Nachfragehochs weitere Preissprünge nicht auszuschließen.

Insgesamt betrachtet sind nicht nur hohe Kosten, sondern auch ein mangelhaftes Angebot an entsprechendem Wohnraum zu konstatieren. So ist beispielsweise die Anzahl an Studierendenwohnheimplätzen nach Angaben der Landesregierung² im Zeitraum von 2018 bis 2023 trotz steigendem Bedarf sogar um 7,7% zurück gegangen.

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für diese Zielgruppe gilt auch jenseits der großen Hochschulstandorte. Viele Auszubildende finden keinen Wohnraum am potenziellen Ausbildungsort und entscheiden sich deshalb gegen einen Ausbildungsort. Angesichts des Fachkräftemangels und der nötigen Fachkräftesicherung in vielen Ausbildungsberufen besteht hier dringender Handlungsbedarf.

¹ Der Wert ergibt sich aus dem seit 2013 alljährlich zum Wintersemester durchgeführten Hochschulstädtescoring in das alle Hochschulstandorte in Deutschland einbezogen werden, die mehr als 5.000 Studierende aufweisen. Die Genauigkeit der jährlichen Zahlen wurde vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) mit 99% angegeben.

² Antwort der Landesregierung (Drs. 18/10616, S.268.) auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion (Drs. 18/8623).

Diese Situation führt zu einer deutlichen Einschränkung von Chancengleichheit für junge Menschen im Ausbildungsgang, weil eine freie Wahl des Hochschulstandorte und damit oftmals auch des Ausbildungsgangs vielfach an den nicht aufbringbaren Wohnkosten vor Ort scheitert. Nur eine erhebliche Ausweitung eines bezahlbaren Wohnraumangebotes für diese Zielgruppe kann zu einer nachhaltigen Lösung der geschilderten Probleme führen.

II. Der Landtag stellt fest:

- Chancengleichheit im Bildungssystem ist immer auch mit der Bezahlbarkeit von Wohnungen und Wohnheimplätzen für Studierende und Auszubildende verbunden.
- Insbesondere für arbeitende Familien mit Kindern in entsprechenden Ausbildungsgängen sind solche Wohnkosten in der Regel nicht finanzierbar.
- Das gegenwärtige Wohnraumangebot für Studierende und Auszubildende ist nicht nur unzureichend, sondern für viele junge Menschen im Ausbildungsgang auch unbezahlbar.
- Das Angebot an budgetorientierten Wohnungen und Wohnheimplätzen für Studierende und Auszubildende muss dringend ausgeweitet werden.
- Entsprechende Wohnraumangebote dürfen nicht mehr als 400 € pro Monat kosten.

III. Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- den Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes damit zu beauftragen ein Wohnungsbauprogramm für Wohnungen und Wohnheimplätzen für Studierende und Auszubildende aufzulegen
- zu dessen Unterstützung eigene geeignete Grundstücke zur Verfügung zu stellen
- dies in enger Abstimmung mit den Studierendenwerken, der Studierendenschaft und den Kommunen zu konzipieren und
- das Programm im Wege des staatlichen Hochbaus des Landes abzuarbeiten.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Sarah Philipp
Sebastian Watermeier

und Fraktion